



Wetter nicht gebrochen, da die Winterzeit anfangs  
trotz der Regen die Pflanzen über die Winter durch  
Mäuse und nicht mehr so häufig; vermutlich hat die kalte  
Witterung der Vermehrung der Mäuse Einhalt geboten.  
Von den Winterkornen haben sich die zarteren befallen meist  
gut befreit, während die später gesäten unter den Nach-  
schüssen gelitten haben und dadurch einen dünneren Stand  
aufweisen. Durch die Trockenheit und Kälte im April haben  
letztere teilweise ein etwas röthliches und solches Aussehen  
bekommen. Auch der Wintergerste scheint die kalte Witterung  
nicht allenthalben zuträglich gewesen zu sein, denn  
sie hat stellenweise eine gelbliche Färbung angenommen.  
Von den Winterkornen ist wegen schlechten Standes ein  
geringer Teil umgepflügt worden. Der Ausgang der Sommer-  
kornen ist bei der Trockenheit nicht überall befriedigend,  
zum Teil liegt dies auch an der Verwendung mangel-  
hafter Saatgüter. Der Stand dieser Saaten läßt sich über-  
haupt noch nicht genau beurteilen, weil sie vielerorts  
erst im Aufgehen begriffen sind und nach den nun ein-  
getretenen reichlichen Niederschlägen noch manches Saat-  
feld zu ernten ist. Der Acker hat vielfach durch Meeres-  
schnee gelitten, die dadurch geschwächten Bestände haben den  
Nachschüssen keinen Widerstand leisten können und  
müßten zum Teil umgepflügt werden. Es wird jedenfalls  
auch nach dem ersten Schnitt noch ein Teil umgebrochen  
werden müssen. — Das Wachstum auf den Wiesen ist durch  
die Trockenheit noch mehr zurück, ein Teil der Wiesen sieht  
grau aus. Von den eingetretene Niederschlägen ist zu  
hoffen, daß wir einen Teil der durch die Trockenheit im  
April verursachten Schäden noch ausgleichen werden, be-  
sonders, soweit sie Sommerkornen und Futterpflanzen  
betreffen.

Der Gewerkschaftsbund der Angestell-  
ten hielt am Sonntag in Dresden seinen dritten Sachsen-  
tag ab und beschloß die Neugründung eines Sächsischen  
Bundesverbandes. Der Vorsitzende Herr Schneider hielt einen Vortrag  
über die Sanctionen und die Angelegenheiten. Er ging auf den  
Verfall der Verträge ein und schilderte die schmerzlichen  
Schicksale und den Vorwurf der Unwissenheit. Der Vertrag bedeutet  
einen unerbittlichen Angriff auf die Grundgesetze der deut-  
schen Wirtschaft. Am gefährlichsten sei jedoch die Bedrohung  
des Ruhrgebietes. Frankreichs Pläne gingen dahin, Deutsch-  
lands Einheit zu sprengen. Angesichts dessen hätte man  
schon in London tun müssen, was jetzt zu einem viel höheren  
Preise getan werden müsse und werde. Die Forderungen  
annehmen! Anstatt uns aber die Zahlungsfrist von 42 Jah-  
ren zu empfinden, hätten wir 60 und noch mehr Jahre ver-  
langen sollen, denn wir wissen nicht, wie denn die Welt aus-  
sehen wird. Die Hauptsache sei, daß wir leben, und wir würden  
leben, wenn wir alle zusammenleben, um die Lasten zu tra-  
gen. Hier müßten die Angelegenheiten einwirken, auf keinen  
Fall dürfe sich das schwächliche Schauspiel wiederholen, daß  
die Parteien im entscheidenden Augenblick die Verantwortung  
ablehnen. Alle Parteien und Gewerkschaften, alle  
Schichten der Bevölkerung müßten wie ein Mann zusammen-  
stehen, um die Reichseinheit für unsere Nachkommen zu retten.  
Die Lösung müsse sein: Durch Einheit, Einheit und  
Arbeit zur Freiheit!

Tagung der christlichen Pfadfinder  
Sachsen. Dieser Tage fand auf der Auustuburg die  
Tagung der christlichen Pfadfinder Sachsens statt, die aus  
allen Teilen des Landes besucht war. Ein Teil der Ab-  
sicht war für Abschaffung der Uniform, während die säch-  
sischen Bezirke, darunter Chemnitz, einstimmig für Beibehaltung  
waren, um für die weggelassene Militärpflicht wenigstens  
etwas Ersatz zu haben. Es wurde beschlossen,  
eine zwingende Anordnung nicht zu treffen. Große Aufmerk-  
samkeit wurde der Jugendfrage gewidmet, für deren  
nachdrückliche Unterstützung die Pfadfinder eintraten. Auch  
konnte zeitig die Tagung beendet sein. Unter floter Musik  
sahen die Teilnehmer wieder ihren Heimorten zu.

Fischkarten in der Elbe. Auf An-  
suchen des Sächsischen Anglerbundes beim Wirtschafts-  
ministerium ist die Zahl der Fischkarten für den Bezirk  
Weißeritz von 40 auf 120 erhöht worden, und zwar  
vom 1. d. Mts. ab. Interessenten werden gebeten, sich zur  
Erwerbung einer solchen Fischkarte sofort an die Bau-  
verwaltungen zu wenden.

Grenzausweise für die sächsi-  
sche schollowatische Grenze. Tagesausweise, wie sie  
an der Grenze ausgestellt werden, fügen an sich nicht auf  
minutiellen Anordnungen, sondern sind lediglich als  
eine im Interesse einer Erleichterung des freien Grenz-  
verkehrs von den beiderseitigen Grenzbehörden getroffene  
interimistische Maßnahme zu betrachten. Amstich ist für den  
Grenzübertritt der Pass der einzig gültige Ausweis. Die  
Grenzbehörden müssen daher darauf bestehen, daß die In-  
haber solcher „Tagesausweise“ an derselben Stelle über  
die Grenze zurückkehren, an der sie hindübergegangen sind.  
An einer anderen Stelle dürfen die Ausweise nicht benutzt  
werden. Es finden zurzeit Verhandlungen zwischen dem  
Tschechoslowakischen Generalkonsul in dem Dresdener  
Verkehrsverein statt, die dahin zielen, diese interimistische  
Einrichtung zu einer endgültigen und für alle Grenzstationen  
verwendbaren umzugestalten.

Besteuerung des Gewerbebetriebs im  
Umherziehen. Dem Landtage sind weitere zwei  
Regierungsvorlagen zugegangen, u. a. Nr. 47 zum Entwurf  
eines Gesetzes über Abänderung des Gesetzes vom 1. Juli  
1878, die Besteuerung des Gewerbebetriebs im Umherziehen  
betr., wonach die Steuer vom Gewerbebetrieb im Umher-  
ziehen auf in der Regel 300 M. für jedes Kalenderjahr  
erhöht, die Behörden, welche die Steuer festsetzen, jedoch  
ermächtigt werden, nach näherer Anweisung des Finanz-  
ministeriums für Gewerbe geringerer Art oder von ge-  
ringem Umfang ermäßigte Jahressteuerhöhen von 250,  
200, 150, 100, 75, 50, 40, 30, 20 und 10 M. und für Ge-  
werbetreibende von bedeutendem Umfang, wie diejenigen  
der Vorführer großer Schausteller, Musiker, Kunstver-  
anstalter und ähnlicher Gesellschaften, der Inhaber von Schau-  
stellungen und Vergnügungstätten aller Art, der Pferde-  
und Viehhändler, der mit größeren oder wertvolleren  
Warenlagern umherziehenden Landstreicher usw., er-  
höhte Jahressteuerhöhen ohne Beschränkung auf einen  
Eckbetrag festzusetzen.

Verwendung der staatlichen Dar-  
lehen an die Kirche. Nachdem der sächsische Landtag  
am 6. April ein weiteres Darlehen von 7 Millionen Mark  
an die ev.-luth. Landeskirche bewilligt hat, ist vom ev.-  
luth. Landeskonsistorium die Zahlung weiterer erheblicher  
Bauschüsse an die Kirchengemeinden in Angriff genommen  
worden, die etwa 6 1/2 Millionen betragen werden. Die  
Auszahlung der für das Rechnungsjahr 1910 noch ver-  
fügbaren bestehenden Darlehensgelder von 5 Millionen wird,  
wie der Evangelische Landesverband von zuktünftiger  
Seite erfährt, erst erfolgen können, wenn die neuen Vor-  
schriften über die Befolgung der Gesetze erlassen worden  
sind. Letzteres wird voraussichtlich in den nächsten Wochen  
geschehen.

Instandsetzung und Pflege der Krieger-  
gräber. Vom Reichsministerium des Innern geht uns  
folgende Mitteilung zu: Schon mehrfach ist in der Zeit nach  
dem Kriege in der Presse erörtert worden, welche Regelung  
für den Nachweis, die Instandsetzung und Pflege der Gräber  
unserer in fremder oder deutscher Erde gebotenen Krieger  
getroffen ist. Da aber doch noch mancherlei Unklarheiten  
abzumalen scheinen, dürfte es vielen, die im Kriege einen  
teuren Angehörigen verloren haben, willkommen sein, wenn  
möglichst Aufklärung darüber gegeben wird. Die Ausübung  
der zwischen den Regierungen des In- und Auslandes ver-  
tragsmäßig vereinbarten oder noch zu vereinbarenden Kriegergräber-

angelegenheiten wird der amtlichen Gewerkschaft im Ver-  
trage in Höhe des für die im Doroboenstraße 48 in  
Berlin nach der Schmidt-Strandbörsestraße in Göttingen ver-  
legten Zentralniederlage. Neben anderen wichtigen Auf-  
gaben hat dieses Amt den Nachweis über die genaue Lage  
aller Kriegergräber im Gebiet des Deutschen Reiches und der  
deutschen Kriegergräber im Ausland zu führen, die Um-  
bestimmungen und den Gräberbesuch zu regeln, sowie Aus-  
kunft über alle die Kriegergräber betreffenden Fragen zu ge-  
ben. Außerdem obliegt dem Zentralniederlageamt die ein-  
heitliche Regelung einer einfachen und würdigen Herrichtung  
und Pflege aller Kriegergräber im Gebiet des Deutschen  
Reiches und der deutschen Kriegergräber in den Gebieten der  
fremden Länder, mit deren Regierungen noch keine vertrag-  
liche Regelung getroffen ist. In den Gebieten der Länder,  
deren Regierungen sich in dem Friedensvertrage verpflichtet  
haben, die Kriegergräber in Instandhaltung, nimmt das Zen-  
tralniederlageamt die deutschen Interessen auf diesem Gebiet  
im Zusammenarbeiten mit den entsprechenden Organen die-  
ser Länder und künftig auch durch Beschäftigung der Begrä-  
nistätten im Ausland wahr. Diese von in- und ausländi-  
schen Behörden ausgeübte amtliche Tätigkeit ist naturgemäß  
nicht insofern, die Fürsorge ganz zu sein, die dem Gefühl  
des Volkes für seine Toten entspricht. Aus diesem Empfin-  
den heraus hat sich seitens der Reichs- und Landes- u. Kreis-  
gräberfürsorge e. V. gebildet als die einzige von den betrei-  
gten Reichs- u. Staatsbehörden für das Gebiet der Krieger-  
gräberfürsorge anerkannte Organisation. Er hat seinen  
Sitz in Berlin W. 10, Rathhäuserstr. 17, und ist bereits  
in zahlreichen Verbänden und Ortsgruppen über das ganze  
deutsche Reich verbreitet. Der Volksbund bezieht: Herrich-  
tung, Schutz und Pflege der deutschen Kriegergräber im  
Ausland und der Kriegergräber im Reichsgebiet dem  
Volksbundesamt entsprechend zu fördern; den Angehörigen  
der Gräberstätten und Verbänden in allen Angelegenheiten  
der Kriegergräberfürsorge beistand zu leisten, soweit es aber  
die vertraglich geregelte, amtlich zu leistende Tätigkeit hin-  
ausgeht; Verbindung mit den entsprechenden Organen  
des Auslandes aufzunehmen. Der Volksbund ent-  
sichert also eine Nebenorganisation, die eine wertvolle Ergänzung  
der amtlichen Fürsorge ist.

Dresden. Vom 2. bis 10. Juli findet die diesjährige  
Dresdener Vogelweide statt, in üblicher Weise verbunden mit  
dem großen Festlichen der Privilegierten Bogenschützen-  
Gesellschaft. Seit Monaten schon sind die Vorbereitungen hierzu  
im Gange und lassen bereits erkennen, daß die räumliche  
Ausdehnung der Feststadt die Vorgängerin 1920 erheblich  
übersteigen wird.

Erziehung. Aus einem Fenster im dritten Stockwerk ge-  
sprungen ist das zehnjährige Schulmädchen Rosa Brühl. Es  
sollte in eine Besserungsanstalt kommen. Durch den Fenster-  
sprung gelang es ihm zu fliehen, da es keinerlei Schaden  
dabei erlitten hat.

Wischerwerd. Nach dem Genusse von Malblumen  
starb das dreijährige Mädchen einer diesigen Familie.  
Freiburg. Um die Wohnungsnot zu lindern, be-  
willigt die Stadtverordneten weiter zum Bau von 4 Wohn-  
häusern mit 14 Wohnungen die hierzu veranschlagten Bau-  
kosten in Höhe von 1025000 Mark. — Eine endgültige  
Entscheidung über die vom Stadtrat vorgeschlagene Ein-  
führung einer Wohnungsteuer wurde noch ausgesetzt,  
um die vom Verfassungsausschusse hierüber beantragten Ver-  
änderungen eingehend prüfen zu können.

Bau in. Eine fürmliche Ausprobierstiel in der letzten  
Sitzung der Stadtverordneten die Bemittlung von 500 M.  
für die Beise des Ehrenmals des ehemaligen Feldartillerie-  
Regiments Nr. 3 hervor. Die Sozialdemokraten lehnten  
die Mittel ab, einmal, weil das Ehrenmal schon zur  
„Epidemie“ geworden sei, zum andern, weil der Stadtrat  
ihnen zur Weisheit das hässliche Rednerpult nicht gelte  
habe. Sie mochten ihm den Vorwurf, daß er die Interessen  
der Bürger nicht gleichmäßig wahre, indem er das  
omnifide Pult vor dem Oberbürgermeister verhalte  
habe. An der Aussprache beteiligte sich die Öffentlichkeit  
mit sehr eindeutigen Zwischenrufen, so daß der sozialdemo-  
kratische Vorworte mit Rufen der Tribüne drohen mußte,  
eine Entscheidung, die seit Menschengedenken in Wangen nicht  
beobachtet worden ist.

Verdau. Hier erhielt ein Fabrikfeuermann ein Paket  
mit Wurst von unbekannter Seite zugesandt. Da ihm die  
Farbe verdächtig vorkam, ließ er die Bratwurst untersuchen,  
wobei sich ergab, daß sie in der Hauptsache mit rotgefärbtem  
Weizenmehl gefüllt war, das mit Stronchin vermischt war.  
Der Genus der Wurst hätte zum Tode führen müssen. Zwei-  
fellos liegt ein Mordkomplott vor.

Verdau. Ab Ostern 1921 wird hier Esperanto in den  
Volksschulen im 7. und 8. Schuljahr mit je zwei Wochen-  
stunden als Wahlfach unterrichtet. Gleiches wird aus Reichs-  
haag i. B. berichtet.

Verdau. Von Juidan aus hatte der Gutbesitzer  
G. in Hartmannsdorf bei Verdau wiederholt Erpreßbriefe  
erhalten. So leitete wieder einen solchen, worin er auf-  
gefordert wurde, 1000 Mark an einem bestimmten Ort nieder-  
zulegen, widrigenfalls sein Gut in Flammen aufgehen würde.  
Der Gutbesitzer legte auch tatsächlich die verlangte Summe  
an dem Orte nieder, von wo sie der Erpreßer wahrscheinlich  
nachts abholte, ohne daß man seiner habhaft wurde.

Meerane. Die oft zu beobachtende gefährliche Un-  
sicherheit, während des Radfahrens Kinder hinten aufspringen  
und so mitfahren zu lassen, hat einen schweren Unfall zur  
Folge gehabt. Ein Schulknabe sprang barfuß auf das  
Rad eines Schulamters und geriet mit dem rechten Fuß  
zwischen die Räder und den Hinterrad des Hinterrades.  
Der Fuß wurde so fest eingeklemmt, daß es nur mit Mühe  
einigen Leuten gelang, den Knaben zu befreien. Er trug  
schwere Wunden am Fuße davon. — Hier, sowie im nahen  
Glauchau fanden große Angehörigen-Versammlungen statt,  
in denen harter Protest erhoben wurde gegen den vom  
Verband der Sächsisch-Thüringischen Redereien und  
Färbereien geplanten Gebalgsabbau. In den Betrieben  
finden jetzt Streikabstimmungen statt.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

Soll und Haben der deutschen Jagd. Schwere Wunden  
haben der Krieg und seine Folgereisungen der deutschen  
Jagd geschlagen, und alle Kenner der Volkswirtschaft wie  
Freunde des edlen Waldwerkes bilden mit Sorgen auf die  
Verwaltungen, die unter unserm Bild und in unserm Wald  
angestrichelt sind. Die wirtschaftliche Bedeutung und Notwen-  
digkeit der deutschen Jagd wird nun in einem tabellarischen  
Aufsatz des Professors der Forstwissenschaft R. Bed betont,  
der in der Zeitschrift „Niederachsen“ veröffentlicht ist. Auf  
Grund genauer Berechnungen wird hier ein „Soll und  
Haben“ unserer Jagd aufgestellt, aus dem wir erfahren, mit  
wie hohen Werten die Jagd im Haushalte des deutschen Vol-  
kes zu Buche steht. Legt man die in den letzten Jahren vor  
dem Kriege gemessenen Zahlen zugrunde, so beläuft sich  
der Wert des Wildprets, das in einem Jahre mit rund 15  
Millionen Stück Wild zur Strecke gebracht wurde, auf  
42 1/2 Millionen M.; die Federn und Häute dieses Wildprets  
ergeben 3 1/2 Millionen M., so daß der Wert des jährlich er-  
legten Wildprets vor dem Kriege 46 Millionen M. betrug.  
Das Raumpreises des Raumpreises, von dem jährlich 208 000  
Stück zur Strecke gebracht wurden, wird mit 1 1/2 Millionen  
Mark berechnet. Der Gesamtwert der deutschen Wildfänge  
beträgt also vor dem Kriege 47 1/2 Millionen M. Um diese  
Vollwertigkeit für die Allgemeinheit nutzbar zu machen, be-

vor es noch erheblichen Vertriebsverlusten. Da für die  
Jagd alljährlich aufgewandten Kosten zeigen, wie groß der  
Umsatz der damit zusammenhängenden Uebertragungen  
ist. Bei vorläufiger Einschätzung der Uebertragungen beläuft  
sich der jährliche Aufwand für den Jagdbetrieb auf 25 Millionen  
Mark an Gehältern, Löhnen und Zuschlägen für das Jagd-  
personal, auf 10 Millionen M. für Treiben, Wildfänge und  
andere Vögel, auf 5 1/2 Millionen M. für Waffen, 6 1/2 Millionen  
Mark für Munition, 5 Millionen M. für Hunde und 1 1/2  
Millionen M. für Kleidung und Ausrüstung der Jäger, zusam-  
men also auf 64 1/2 Millionen M. Der ganze für den Jagdbetrieb  
notwendige Aufwand läßt sich mit 118 1/2 Millionen M. berech-  
nen, und nimmt man den Nutzwert des Wildes hinzu, so  
beläuft sich der durch die Jagd verursachte Geldumsatz auf  
133 1/2 Millionen M. Wollte man diese Werte in die jetzt geltenden  
Zahlen übertragen, so ergäbe sich wohl eine um eine Milli-  
arde verminderte Gesamtsumme. Nur wenn man den  
Nutzwert des gegenwärtig jährlich erlegten Wildes berechnet,  
das nur ein Drittel der Friedensjahre beträgt, so ergibt sich  
ein Wert von rund 250 Millionen M., wobei man für Wild-  
prets und Raumpreises die Großhandelspreise des Jahres 1919  
bis 1920 einsetzt. Es sind also gewaltige Werte unserer  
Volkswirtschaft in der Jagd enthalten, und deshalb haben  
Regierung wie Volk die Pflicht, alles zu unterlassen, was die  
Gefährdung der Jagd zu untergraben droht, und alles zu  
tun, was den Wiedererwerb und Erhalt gesunder Jagdwen-  
dlichkeiten fördert.

### Reichsrat Deutsches Reich.

Die Anschließungsfrage. Im Verfassungsausschusse erklärte  
Bundeskanzler Dr. Mayer bei Behandlung des groß-  
deutschen Antrages betreffend Schaffung eines Bundesgesetzes  
zur Durchführung der Volksabstimmung über den Anschluß  
an das deutsche Reich, die Bundesregierung sei der Meinung,  
daß es weder im politischen noch im wirtschaftlichen Interesse  
Oesterreich gelegen sein kann, eine Anschlußaktion trans-  
gredierender Art zu vollziehen, solange die im Auge befindlichen  
Verhandlungen über eine Hilfsaktion für Oesterreich nicht  
abgeschlossen sind. Dazu trete der Umstand, daß alle An-  
schlußabstimmungen und Anschlußverhandlungen auch dem  
augenblicklich so schwer darniederliegenden deutschen Reich  
nur Verlegenheiten und Nachteile schaffen würden.

### Rußland.

Kriegsrat in Moskau. Mitte Mai findet in Moskau  
unter Beteiligung hervorragender militärischer Führer ein  
außerordentlicher Kriegsrat statt. Es kommen zur Beratung  
1. die Lage der Roten Armee und die Frage einer  
Demobilisierung; 2. die innere Lage; 3. die Verpflegungs-  
frage; 4. die Unterdrückung des Aufstandes der ukrainischen  
Bauern; 5. die Möglichkeit neuer Kriege um. In der  
Beratung nehmen auch sämtliche Auslandsvertreter teil.

### England.

Der erste Bericht des englischen Gesundheits-  
ministeriums ist, wie in der „Deutschen Medizinischen  
Wochenschrift“ mitgeteilt wird, veröffentlicht worden. Dieses  
neuartige Ministerium umfaßt acht Unterabteilungen, darunter  
Abteilungen für allgemeine Gesundheitspflege, für  
Pflanzkrankheiten und Tierarznei, Tuberkulose und Ge-  
schlechtskrankheiten, Nahrungsmittel, Infektionskrankheiten  
usw. Dem Stab des Ministeriums gehören 95 Berater an.  
Die britischen Konsulate auf der ganzen Erde liefern regel-  
mäßige Berichte. 22 Millionen Menschen sind in England  
in Kasernen, die von 12 000 Wärtern versorgt werden. Kein  
Kasernenarzt darf mehr als 3000 Kasernepatienten auf seiner  
Liste haben. Besonders wird auf die Gefahren des Fleck-  
typhus hingewiesen, die durch die Wiederherstellung normaler  
Verhältnisse zu Rußland und dem Osten drohen, so-  
bald auf die Verschleppung der Cholera durch Militärtruppen nach  
Rußland und von dort nach dem übrigen Europa.

Ausstellungen betrunkenen Soldaten. Wie die  
Londoner Blätter melden, kam es in dem Kruppenslager  
Hilbersdorf am Sonnabend zu Ausstellungen, wobei eine  
Menge von etwa 500 meist angetrunkenen Reservisten durch  
Berührung der Glaschen und Blinder von  
etwa 20 bis 30 Kauldalen in der Stadt einen Schaden  
in Höhe von mehreren tausend Pfund Sterling anrichtete.  
Bei den Zusammenstößen erlitten sowohl einige Soldaten  
wie auch mehrere Zivilisten Verletzungen.

Der Kronprinz von Japan ist in London eingetroffen  
und wurde am Bahnhof von König empfangen.  
Die Folgen des Kohlenarbeiterstreiks. „Evening  
News“ meldet, daß bisher etwa fünf Millionen Arbeiter  
von dem Kohlenstreik, der heute 14 Tage währere werden  
und der der englischen Industrie den verhängnisvollsten  
Schaden zugefügt habe, unmittelbar in Mitleidenschaft ge-  
zogen sind.

## Bermittlertes.

Die Valuta als Lotterei. Die deutsche Mark  
ist ja bekanntlich zu dem größten internationalen Spiel-  
papier geworden, das es wohl je gegeben hat, und in  
allen Ländern mit hoher Valuta hat das Spekulations-  
fieber die weitesten Kreise ergriffen. Näheres darüber reißt  
Eust Schulte in „Reclams Universalium“ mit. So erklärte  
in einer Arbeiterversammlung in London ein Abgeordneter,  
daß eine große Menge Leute für ihre Sparguthaben deut-  
sches Papiergeld aufkauften, das in Kleinstücken über  
den Rhein herankam. In den amerikanischen Zeitungen findet  
man überall Anzeigen: „Wollen Sie schnell reich werden?  
Dann kaufen Sie schnell durch und deutsches Papier-  
geld.“ In manchen Ländern beschäftigen sich große Or-  
ganisationen mit der Valutaspelulation. So wurden in  
Norwegen Zentralstellen geschaffen, die für ihre Kunden  
in großem Umfang Versicherungen bei deutschen Lebens-  
versicherungen abschließen. Ein Teil der Prämie wird so-  
fort bezahlt, und so erhalten diese Spekulanten bei dem  
niedrigen Marktwert eine sehr billige Versicherung. In  
Spanien bildete sich aus dem Banco Hispano Americano

10.000 Personen

beschäftigt Deutschlands größte  
Gummifabrik. Nur die große  
Beliebtheit der Continental-  
Erzeugnisse im In- und Aus-  
land brachte dies zuwege. Fahr!

Continental  
Pneumatik







Die Regierungsbildung.

Über die Stellungnahme der Parteien zum Ultimatum, wie sie gestern die Beratungen der Reichstagsfraktionen ergeben haben, berichtet die Berliner Zeitung, daß die Deutschnationalistische Volkspartei die Unterzeichnung unter die Bedingung ablehnt. Die Deutsche Volkspartei sei ebenfalls in ihrer großen Mehrheit für eine Ablehnung. Das Zentrum sei zum großen Teil für eine Annahme, beifolgt die Demokraten. Der „Volkswacht“ will allerdings wissen, daß die demokratische Partei gegen die Unterzeichnung sei. Die Sozialdemokraten haben durch die Veröffentlichung ihrer Reichstagsfraktion ihre Bereitwilligkeit zur Annahme kundgegeben. Die Zentrumspartei der U. S. V. D. und die unabhängige Reichstagsfraktion treten in einer in der „Freiheit“ veröffentlichten Erklärung für die Unterzeichnung der Entente ein und verprechen sich durch das gemeinsame Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder und durch das Verdienen des Weltfriedens für das Abschließen einer Neuordnung der Weltverhältnisse durch die Entente.

Der Berliner „Volkswacht“ meldet: Die Beratungen der Deutschen Volkspartei, die Sonntag abend gegen 11 Uhr begannen, bei Redaktionsschluss aber noch nicht beendet waren, brachten die Entscheidung, in ihrer ablehnenden Haltung zu verharren. Die Reaktion ist nach wie vor fest entschlossen, bei ihrem Nein zu bleiben. Das Gleiche gilt für die demokratische Fraktion, die ihre Beratungen bei Redaktionsschluss ebenfalls noch nicht beendet hatte. Es bleibt nunmehr nur die Möglichkeit, daß die übrigen Parteien, die sich für eine Unterzeichnung des Ultimatum ausgesprochen hatten, also Unabhängige, Sozialdemokraten und Zentrum, die Regierung übernehmen. Die wir hören, soll Reichstagspräsident Ebert verhandeln und sich bereit erklärt haben, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Bei der vorgedachten Stunde waren wir nicht mehr in der Lage, diese Meldung auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Es fragt sich noch, ob das Zentrum bereit ist, mit der Sozialdemokratie zusammen eine Koalition zu bilden. Eine weitere Meldung des Berliner „Volkswachters“ besagt: Von den bisherigen Koalitionspartnern ist das Zentrum in seiner Mehrheit für die Annahme, die Volkspartei wie die Demokraten für die Ablehnung des Ultimatum, während die Stellung der Bayerischen Volkspartei sich überhaupt noch nicht festlegen läßt. Von der Regierung sprachen in der Montagssitzung des Interfraktionellen Ausschusses Reichsaussenminister Dr. Simons, Reichsminister Mann und die Staatssekretäre Schröder und Bergmann. Alle vier Redner sprachen sich im Prinzip für die Annahme des Ultimatum aus. Fast alle Redner von den Abgeordneten waren skeptisch, selbst Männer wie Gothein machten ihre Bedenken gegen eine Unterzeichnung geltend. Die Sozialdemokraten erklärten sich bereit, das Ultimatum anzunehmen.

Wiederkehr der alten Koalition?

„Berliner Tageblatt“ und „Vossische Zeitung“ glauben an die Möglichkeit einer Wiederkehr der alten Koalition wie sie vor dem Juni im Reichstag bestand, also einer Regierung, die sich aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten zusammensetzen würde. Der „Vossischen“ zufolge hätten sich Zentrum und Demokraten bereits damit einverstanden erklärt.

Als Kandidaten für den Reichsaussenminister werden die Sozialdemokraten Hermann Müller und der Reichstagspräsident Ebert genannt. Im Gegensatz zu dieser Behauptung, daß es nur dann in eine Annahme-Regierung eintreten könne, wenn diese bisherigen Weggefährten in der Regierung, Demokraten und Deutsche Volkspartei weiter die Treue halten.

Eine Erklärung der Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parteiausschuss haben folgende gemeinsame Entschliessung gefaßt:

Die Annahme des Ultimatum hat nur dann einen Zweck und die Befreiung des Ruhrreviers ist nur dann zu verhindern, wenn die bayerische Regierung die vorbehaltlose Erfüllung der Einwohnerversicherung, d. h. bis zum 30. Mai, zu gewährleisten und auszuführen. Die Forderungen der Entente in der Reparationsfrage widersprechen in einigen Punkten dem Friedensvertrag, überschreiten weit über die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes und fordern unseren schweren Protest heraus.

Aber unter dem Druck der brutalen militärischen Gewaltandrohungen, angesichts der unabsehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen ihrer Verwirklichung, besonders auch wegen der für Oberschlesien daraus entspringenden Gefahren, erklären sich Partei und Fraktion bereit, jeden Versuch zur Erfüllung des Londoner Finanzdiktats zu unterstützen.

Der Versuch, die zur Erfüllung notwendigen Mittel aus unserer Wirtschaft herauszuholen, muß jedoch schon in seinen Anfängen scheitern, wenn sich nicht jene Kreise des Bürgertums, die heute noch weiter unserer Wirtschaft stand, für ihn mit allen Kräften einsehen, und wenn nicht die notwendigen organisatorischen Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, die höchste Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands herbeizuführen. Ebenso hängt das Gelingen der bayerischen Entschliessung vor allem von dem Willen und der politischen Einsicht des Bürgertums ab. Die Verantwortung für das Kommen der Welt liegt daher in erster Linie dem Bürgertum und den es vertretenden Parteien zu.

Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Der Reichstagsausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat gestern abend zu einer Sitzung zusammen, die ebenso wie die vorherigen rein informativem Charakter trug. Zu diesem Zwecke hatten außer den Mitgliedern des Ausschusses auch alle anderen Abgeordneten Zutritt, für die aber das Schweigegebot galt. Neben dem Reichskanzler und dem Minister des Äußeren nahmen fast sämtliche Minister des Kabinetts an der Sitzung teil. Die vertraulichen Ausführungen zum Ultimatum der Entente, namentlich des Reichsaussenministers in Paris Dr. Mann und des Staatssekretärs Bergmann deckten sich im allgemeinen mit den Ausführungen, die diese Herren schon am Nachmittag in der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien im Reichstagsgebäude gemacht hatten. In einer Beschlusfassung irgend einer Art kam es nicht.

Während keine Reichstagsfraktion die Forderung der Unterzeichnung, die für den Fall, daß die Regierung zu einer Besprechung der ober-schlesischen Frage bereit sein würde, auf gestern nachmittags 4 Uhr anberaumt war, bei der Besprechung des Reichstages aus. Über die Beschlusfassung wird der heute erneut zusammengetretene Ausschuss berichten.

Die Lage in Oberschlesien noch immer ernst.

Deutschland soll schuld sein an den polnischen Unruhen.

Die französische Regierung hat auf die deutsche Note bezüglich Oberschlesien unter dem 7. d. M. folgende Antwort erteilt:

Herr Geschäftsträger! Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 6. Mai 1921 zu bestätigen, durch den Sie die Güte hatten, von den ernsthaften Unruhen in Mittelung zu machen, die in Oberschlesien entstanden sind, anfragen, ob die interalliierten Besatzungsstruppen imstande seien, die Ordnung wiederherzustellen, und mir zur Kenntnis brachten, daß die deutsche Regierung bereit sei, jede verlangte Hilfe zu leisten. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die interalliierten Besatzungsstruppen in der Tat in der Lage sind, die Ordnung wiederherzustellen, und mir zur Kenntnis brachten, daß die deutsche Regierung bereit sei, jede verlangte Hilfe zu leisten. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die interalliierten Besatzungsstruppen in der Tat in der Lage sind, die Ordnung wiederherzustellen, und mir zur Kenntnis brachten, daß die deutsche Regierung bereit sei, jede verlangte Hilfe zu leisten.

Hierzu bemerkt das A. Z. V.: Die Pariserung der Note der französischen Regierung zeigt, daß man in Frankreich die wahre Lage in Oberschlesien nicht sehen will. Der Vorwurf der tendenziösen Berichterstattung ist ebenso haltlos wie die Annahme, der Grund der Unruhen sei ohne Zweifel in den aus deutscher Quelle veröffentlichten Nachrichten zu sehen. Es wird weiter festgestellt, daß eine Besserung der Lage in Oberschlesien nicht eingetreten ist.

Korsantj droht mit Besetzung deutscher Geiseln. Der Führer der polnischen Aufständischen in Oberschlesien, Korsantj, hat mit Hilfe der amtlichen Funkstation in Posen am 8. Mai den folgenden Funkpruch an den Reichsaussenminister gerichtet:

Aus sicherer Quelle erfahre ich, daß bewaffnete Truppen in die Provinz geschickte Reichswehrsoldaten den Starzer Drabbel aus Konstadt, ferner einen gewissen Gruber Ranz und zwei andere Personen aus Konstadt, sowie den alten gebrechlichen Greis Szalacat aus Karlsruhe, Kreis Oppeln, als Geiseln verschleppt haben. Ich habe bis jetzt keine Geiseln genommen, weil ich Geiseln nehmen für einen barbarischen Brauch halte. Wir haben lediglich Gefangene abgeführt, welche mit der Waffe in der Hand angetroffen worden sind. Sie werden menschlich behandelt. Ich lasse Eure Excellenz wissen, daß, wenn die als Geiseln genommenen Polen nicht binnen 48 Stunden, d. h. bis zum Dienstag den 10. d. M. abends 18. Stunde in ihre Wohnorte zurückgebracht und als freie Leute behandelt werden, ich am Mittwoch die doppelte Anzahl der angeführten Deutschen in den von unseren Truppen besetzten Gebieten als Geiseln werde gefangen abführen lassen.

Die deutsche Regierung lehnt es ab, mit dem Führer der Aufständischen in Oberschlesien in irgendwelche Verhandlungen einzutreten. Der Funkpruch ist heute folgende dem deutschen Bevollmächtigten in Oppeln übermittelte worden, um von dort den Tatbestand festzustellen und mit Hilfe der interalliierten Kommission die von Korsantj angebotenen Verhandlungen zu verhindern. Wenn aber Korsantj behauptet, er habe keine Geiseln nehmen lassen, so muß demgegenüber festgestellt werden, daß in zahlreichen Orten angeführte deutsche Bürger von den Insurgenten als Geiseln gefangen und verschleppt worden sind und noch festgehalten werden. Von der interalliierten Kommission, den alliierten Regierungen, sowie von der polnischen Regierung ist die Freilassung dieser Geiseln bereits vor drei Tagen gefordert worden. Im übrigen ist durch den Funkpruch festgestellt, daß Funkstationen der polnischen Regierung sich zur Verbreitung von Nachrichten aus dem Insurgentengebiet zur Verfügung stellen. Auch hiergegen ist bei der polnischen Regierung vor einigen Tagen mit allem Nachdruck erhoben worden.

Die Lage im Aufstänbgebiet

Die deutsche Regierung lehnt es ab, mit dem Führer der Aufständischen in Oberschlesien in irgendwelche Verhandlungen einzutreten. Der Funkpruch ist heute folgende dem deutschen Bevollmächtigten in Oppeln übermittelte worden, um von dort den Tatbestand festzustellen und mit Hilfe der interalliierten Kommission die von Korsantj angebotenen Verhandlungen zu verhindern. Wenn aber Korsantj behauptet, er habe keine Geiseln nehmen lassen, so muß demgegenüber festgestellt werden, daß in zahlreichen Orten angeführte deutsche Bürger von den Insurgenten als Geiseln gefangen und verschleppt worden sind und noch festgehalten werden. Von der interalliierten Kommission, den alliierten Regierungen, sowie von der polnischen Regierung ist die Freilassung dieser Geiseln bereits vor drei Tagen gefordert worden. Im übrigen ist durch den Funkpruch festgestellt, daß Funkstationen der polnischen Regierung sich zur Verbreitung von Nachrichten aus dem Insurgentengebiet zur Verfügung stellen. Auch hiergegen ist bei der polnischen Regierung vor einigen Tagen mit allem Nachdruck erhoben worden.

Die deutsche Regierung lehnt es ab, mit dem Führer der Aufständischen in Oberschlesien in irgendwelche Verhandlungen einzutreten. Der Funkpruch ist heute folgende dem deutschen Bevollmächtigten in Oppeln übermittelte worden, um von dort den Tatbestand festzustellen und mit Hilfe der interalliierten Kommission die von Korsantj angebotenen Verhandlungen zu verhindern. Wenn aber Korsantj behauptet, er habe keine Geiseln nehmen lassen, so muß demgegenüber festgestellt werden, daß in zahlreichen Orten angeführte deutsche Bürger von den Insurgenten als Geiseln gefangen und verschleppt worden sind und noch festgehalten werden. Von der interalliierten Kommission, den alliierten Regierungen, sowie von der polnischen Regierung ist die Freilassung dieser Geiseln bereits vor drei Tagen gefordert worden. Im übrigen ist durch den Funkpruch festgestellt, daß Funkstationen der polnischen Regierung sich zur Verbreitung von Nachrichten aus dem Insurgentengebiet zur Verfügung stellen. Auch hiergegen ist bei der polnischen Regierung vor einigen Tagen mit allem Nachdruck erhoben worden.

Die deutsche Regierung lehnt es ab, mit dem Führer der Aufständischen in Oberschlesien in irgendwelche Verhandlungen einzutreten. Der Funkpruch ist heute folgende dem deutschen Bevollmächtigten in Oppeln übermittelte worden, um von dort den Tatbestand festzustellen und mit Hilfe der interalliierten Kommission die von Korsantj angebotenen Verhandlungen zu verhindern. Wenn aber Korsantj behauptet, er habe keine Geiseln nehmen lassen, so muß demgegenüber festgestellt werden, daß in zahlreichen Orten angeführte deutsche Bürger von den Insurgenten als Geiseln gefangen und verschleppt worden sind und noch festgehalten werden. Von der interalliierten Kommission, den alliierten Regierungen, sowie von der polnischen Regierung ist die Freilassung dieser Geiseln bereits vor drei Tagen gefordert worden. Im übrigen ist durch den Funkpruch festgestellt, daß Funkstationen der polnischen Regierung sich zur Verbreitung von Nachrichten aus dem Insurgentengebiet zur Verfügung stellen. Auch hiergegen ist bei der polnischen Regierung vor einigen Tagen mit allem Nachdruck erhoben worden.

Die deutsche Regierung lehnt es ab, mit dem Führer der Aufständischen in Oberschlesien in irgendwelche Verhandlungen einzutreten. Der Funkpruch ist heute folgende dem deutschen Bevollmächtigten in Oppeln übermittelte worden, um von dort den Tatbestand festzustellen und mit Hilfe der interalliierten Kommission die von Korsantj angebotenen Verhandlungen zu verhindern. Wenn aber Korsantj behauptet, er habe keine Geiseln nehmen lassen, so muß demgegenüber festgestellt werden, daß in zahlreichen Orten angeführte deutsche Bürger von den Insurgenten als Geiseln gefangen und verschleppt worden sind und noch festgehalten werden. Von der interalliierten Kommission, den alliierten Regierungen, sowie von der polnischen Regierung ist die Freilassung dieser Geiseln bereits vor drei Tagen gefordert worden. Im übrigen ist durch den Funkpruch festgestellt, daß Funkstationen der polnischen Regierung sich zur Verbreitung von Nachrichten aus dem Insurgentengebiet zur Verfügung stellen. Auch hiergegen ist bei der polnischen Regierung vor einigen Tagen mit allem Nachdruck erhoben worden.

Fahrrädern und großer Mengen Spiritus gemeldet. Die Zwangsaushebungen dauern an, doch haben vielfach polnische Besatzungsstruppen verweigert, sich dieser Aushebung zu unterziehen. In der Stadt Katowitz wurde von polnischen Insurgenten ein Straßwagen geraubt. In der Stadt Gleiwitz durchfahren bereits Kräfte von polnischen Besatzungsstruppen ungehindert die Straßen. Der Bahnhof Kattowitz ist infolge der hohen Verteidigung durch italienische Truppen bisher nicht besetzt worden, dagegen stellen die Bahnhöfe in Leschnitz und Thule in die Hand der Aufständischen. Infolge der Besetzung des letztgenannten Bahnhofs ist der Verkehr auf der Strecke Arensburg-Doppel unterbrochen.

Montag vormittag kam es in Oppeln zu einem bedauerlichen Vorfall. Ein von Kop-Berichten festgenommener Felle wurde auf dem Transport von der erregten Menge tätlich angegriffen. Als er eine französische Paravolante um Hilfe anrief, machten die Franzosen ohne weiteres von ihrer Schutzmaske Gebrauch und feuerten in die Menge. Ein Kreisinsolvent wurde getötet und drei Personen schwer verwundet. Der kommandierende General von Oppeln hat infolgedessen auf das Erreichen der deutschen Bevölkerung den französischen Soldaten das Schießen verboten, solange sie nicht mit der Waffe in der Hand angetroffen werden.

Auf Grund des Beschlusses der vorgestrigen Versammlung der deutschen Bevölkerung in Oppeln verhandelt gestern Vertreter der deutschen politischen Parteien mit der interalliierten Kommission in Oppeln. Nach Abschluss der Verhandlungen erklärten die deutschen Parteivertreter folgende Beschlüsse:

Die politischen Vertreter der deutschen Bevölkerung wurden Montag von der interalliierten Kommission empfangen. Dem am Sonntag von der Versammlung auf dem Plane gegebenen Auftrage entsprechend forderten die politischen Vertreter von der interalliierten Kommission, den polnischen Aufstand in kürzester Zeit mit wirksamen Mitteln zu unterdrücken und mitzuteilen, welche Maßnahmen in dieser Richtung getroffen sind. Die interalliierte Kommission gab sehr entgegenkommende Erklärungen ab und wies besonders darauf hin, daß von ihr Truppenverfügungen zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes in Oberschlesien beim Überstehen Rat beantragt worden seien. Außerdem gab sie bekannt, daß der Oberste Rat in Paris den polnischen Aufstand verurteilt und bindend erklärt habe, daß Korsantj durch seinen verbrecherischen Aufstand die Entschliessung des Obersten Rates nicht beim Luffen kann.

Ein Aufruf der interalliierten Kommission.

Die interalliierte Regierungs- und Wehrkommission erläßt einen Aufruf an die ober-schlesische Bevölkerung, in dem es heißt: Die alliierten Mächte können in der Verteilung der in Oberschlesien vorliegenden Unruhen vollständig überein. Ihre Entscheidung wird dadurch nicht beeinflusst. Sie werden sich dabei ausschließlich von den Ergebnissen der Abstimmung und der Verhandlungen des Friedensvertrages leiten lassen.

Der Vorkommerrat über Oberschlesien.

Genau meldet aus Paris: Der Vorkommerrat setzte im Laufe des gestrigen Vormittags die Prüfung der Maßnahmen fort, die dazu geeignet sind, die Ordnung in Oberschlesien wieder herzustellen und die Gemüter zu beruhigen. Er beschloß, die Bevölkerung über den tatsächlichen Stand der Grenzregelungsfrage zu unterrichten. Dasselbe unterliegt noch der Prüfung. Keinerlei Entscheidung ist bisher gefolgt. Der Vorkommerrat beschloß andererseits einen Schritt bei der polnischen Regierung zu unternehmen, um sie aufzufordern, mit an der Wiederherstellung des Friedens zu arbeiten und sich nach Kräften zu bemühen, die polnische Bevölkerung in Oberschlesien zu beruhigen. Der Vorkommerrat hielt es für seine Ehrenpflicht, seine volle Anerkennung auszusprechen für die Loyalität und den Eifer, welche die verbündeten Truppen bei den ober-schlesischen Unruhen bewiesen haben.

Wallace wohnte der Sitzung bei. Der Vorkommerrat der Vereinigten Staaten teilte dem Vorkommerrat mit, daß seine Regierung ihn aufgefordert habe, seinen Platz unter seinen Kollegen als halbamtlicher Vertreter der Vereinigten Staaten wieder einzunehmen. Ines Gombou sprach im Namen der Vorkommerrat der Verbänderegierungen Wallace die Befriedigung aus, welche der Vorkommerrat über seine erneute Teilnahme an seinen Arbeiten empfindet.

Das englische Unterhaus über die Unruhen.

Im englischen Unterhaus erklärte Untersekretär im Auswärtigen Amt Darmstrong, die Lage in Oberschlesien sei ungelöst, doch würden Anstrengungen gemacht, um eine Wiederaufnahme der Arbeit in den Bergwerken zu erzielen. Die alliierten Regierungen erwägen die von der Volksabstimmungskommission zur Befreiung der Schwierigkeiten gemachten Vorschläge und seien bereit, die Ordnung wieder herzustellen und die Polizei durch lokale Kräfte zu stärken. Die polnische Regierung sei aufgefordert worden, die Grenze zu schließen und jede Verhinderung und Ermattung ihrer Konventionen zu verhindern.

Lloyd George erklärte, es sei ein sehr unglücklicher Zwischenfall, der gerade in einem Augenblick eintrete, wo die deutsche Regierung eine Entschliessung in der Entwaffnungsfrage fassen soll. Wir sind im Begriff, alles an uns, was in unseren Kräften liegt, um einen Druck auf die polnische Regierung auszuüben.

Deutschland dankt den italienischen Truppen.

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, hat Reichsminister Dr. Simons dem italienischen Vorkommerrat in dank der deutschen Regierung zur Haltung der italienischen Truppen in Oberschlesien ausgesprochen. Der Minister hat den Vorkommerrat erlucht, den Dank der italienischen Regierung zur Kenntnis zu bringen.

In einer großen Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion im preussischen Landtag wird die preussische Staatsregierung gefragt, was sie zu tun abende, um Leben und Gesundheit der von den polnischen Insurgenten schwer gefährdeten deutschen Bevölkerung in Oberschlesien zu sichern. Der deutsche Geschäftsträger in Warschau hat in einem Schreiben an die polnische Regierung Protest eingelegt gegen die Solidaritätserklärung polnischer Beamten mit den Aufständischen.

Die Stellung der polnischen Regierung.

Gestern fand in Warschau eine Konferenz der Parteiführer mit dem Ministerpräsidenten Witos statt. Witos machte die Parteiführer mit dem amtlichen Material über

Die Bewegung in L. Berlinen bekannt. Die polnische Regierung betrachtet es als ihre dringende Aufgabe, so schnell wie möglich eine Verabreichung der Gnadenerlasse und die Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Oberschlesien herbeizuführen. Dazu ist eine Beschleunigung der endgültigen Entscheidung über Oberschlesien unbedingt notwendig. Ein bewaffneter Konflikt mit Deutschland liegt durchaus nicht in der Absicht der polnischen Regierung.

In ganz Polen finden Volkstreffen zur Propaganda der polnischen Oberschlesienfrage statt, in denen Entschlüsse gefasst werden, die schärfst mit dem offiziellen Standpunkt der polnischen Regierung in Einklang zu bringen sind. In seiner Entscheidung der Dringlichkeit des Arbeitsministeriums a. V. wird nicht nur zur moralischen und materiellen, sondern auch zur aktiven Unterstützung der Insurgenten aufgefordert. Ferner wird der Ministerrat ermahnt, selbst vor einer bewaffneten Einmischung nicht zurückzufahren.

### Verzögerung des Friedensschlusses mit Amerika?

Der unglaubliche Zustand, daß die Vereinigten Staaten seit nunmehr zwei vollen Jahren nach Abschluß des Friedens zwischen uns und der Entente mit Deutschland sich im Kriegszustand befinden, hat uns bisher nicht stark bedrückt. Der Grund liegt darin, daß wir annehmen zu dürfen glauben, daß der neue Präsident der Union würde mit einem Hebertrieb nachholen, was Wilson verläumt hat. Bisher hat uns der Friede mit Frankreich, England und Italien mehr Schaden zugefügt als das völkerrechtliche Vakuum zwischen Berlin und Washington. Denkwürdig ist die Tatsache, daß die Hoffnung besteht, daß der Friede mit Amerika, der ohne materielle Schwierigkeiten geschlossen werden kann, wenn es erst so weit sein würde, schon unter Dach und Fach gebracht werden könnte. Mit dem Amtsantritt Harding, dessen Vertreter Woodrow und Wallace aus der Webergutmodifikationskommission beim der Vorkriegsministerien ausgeschieden waren, schien diese Berechnung an Wahrscheinlichkeit zu gewinnen. Der deutsche Vermittlungsvorschlag hat nun aber, wenn nicht alles trägt, einen Umsturz herbeigeführt, der alle Kombinationen und Hoffnungen, mit den Vereinigten Staaten zu einem schnellen und formellen Friedensschluß zu kommen, über den Haufen wirft. Die Reuter aus Washington meldet, daß Präsident Harding, dessen Repräsentantenhaus, einen Antrag auf Vertagung der Beschlußfassung über die im Senat angenommene Resolution Knox einzubringen. Als Grund wird die Notwendigkeit angeführt, erst einmal die aus dem Kriege hervorgegangenen größeren Probleme sich auszuweisen zu lassen.

Wie es heißt, soll dieser Antrag, der sich nicht gerade durch Klarheit auszeichnet, den Verfall nicht nur der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten, sondern auch den des Präsidenten gefunden haben. Welche Einflüsse am Werk gewesen sind, um den sich in der Annahme der Resolution Knox im Senat befindenden Willen, mit Deutschland zu geordneten Verhältnissen zu kommen, umzustossen, entzieht sich unserer Kenntnis. Immerhin geht man wohl kaum in der Annahme fehl, daß gewisse wirtschaftliche Vereinbarungen hinter den Kulissen auch in amerikanischen Kreisen zu der Auffassung geführt haben, daß zunächst einmal abgemarteter werden müsse, wie sich die deutsche Regierung zu dem Londoner Ultimatum stellt. Vorläufig scheint in Washington die Auffassung wieder vorzuherrschen, daß nur die Einheit der wirtschaftlichen Front gegen Deutschland die Befreiung der übrigen Welt herbeiführen könne. So ist vielleicht auch die Werbung zu verstehen, wonach die größeren Probleme, die aus dem Kriege hervorgegangen sind, erst gelöst werden müßten. Wir glauben, aber daß das Jögern Amerikas, mit Deutschland Frieden zu schließen, nur das Gegenteil, das völlige wirtschaftliche und politische Chaos in Deutschland und später auch sonstwo herbeiführen wird.

### Das deutsche Reparationsgesetz.

Im englischen Unterhause fragte Kennworthy, ob das deutsche Reparationsgesetz in Kraft bleiben werde, falls die angestrebte Regelung zu einem befriedigenden Abschluß gelänge.

Lloyd George erwiderte, er müsse erst sehen, wie es arbeite. In Beantwortung weiterer Anfragen erklärte Lloyd George, er könne keine Antwort erteilen, bevor er wisse, daß die deutsche Regierung die Bedingungen angenommen habe.

### Die Entschlebung Knox.

Nach einem Kablelegramm der „Chicago Tribune“ aus Washington herrsche im Senat große Niedererschlagenheit infolge der Zurückstellung der Entschlebung Knox. Festige Mitglieder des Senats würden sich wahrscheinlich in den nächsten Tagen gegen den Präsidenten Harding und den Staatssekretär Hughes erheben, der zusammen mit seinem hauptsächlichsten Parteifreund, dem Vandalenminister Hoover, als bestimmende Persönlichkeit in der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten betrachtet wird.

### Im Wechselspiel des Lebens.

Roman von Konrad Kemling.

Herr Ehrenberg nahm seinen Hut; „Ich habe nicht Lust, mich noch länger von Ihnen beleidigen zu lassen.“  
„Bleiben Sie!“ Paul fuhr herum, „und legen Sie nicht jedes Wort auf die Goldwaage. Sie werden selbst zugeden, daß diese Summe in gar keinem Verhältnis steht zu —“  
„Was hatten Sie denn gedacht? Die Sache läßt sich doch besprechen. Man braucht doch nicht gleich aus der Haut zu fahren.“  
„No, also!“ In Paul regte sich in der Tat etwas wie Walgenhumor. „Was ich mir gedacht hatte? Nun — etwa fünf bis höchstens sechshundert.“  
„Ausgeschlossen!“  
„Wieso? Wollen Sie denn drüber gleich am ersten Tage Herrn Morgan oder Herrn Rodessler Konkurrenz machen?“  
„Warum nicht?“ Der Redakteur ging auf Pauls Ton ein. „Vor allen Dingen möchte ich mal auf geraden Weg sehen, die weniger dunkel sind als meine bisherigen.“  
„Dagegen läßt sich nichts einwenden. Sie wollen schließlich nicht haben anstatt der Fudei, die Sie bisher geschwungen.“  
„Jawohl. Man verdient sich weniger leicht die Fudei.“  
„Gut, also! Einigen wir uns auf die Hälfte. Fünftausendzwanzigtausend. Das ist aber das Kerkerste. Einverstanden?“  
Herr Ehrenberg nickte ihm zu: „Ich muß wohl. Ad —“  
„Adante Dyon!“  
„Keine Ursache! Gefällt ihr Gefällt. Wann sehen wir uns das letzte Mal?“  
„In dem Augenblicke, wo ich das Geld in Händen habe.“  
„Guten. Also morgen.“  
„Auf Wiedersehen!“  
Herr Ehrenberg verneigte sich tief und ceremoniell. „Wann kriechen noch und kommen Sie, als er drüber auf

### Das Schiffal unserer Flottenbereine.

Die umfänglichen Verhandlungen in der Weltöffentlichkeit unserer Flottenbereine haben naturgemäß auch die Tätigkeit unserer Flottenbereine grundlegend verändert. Im Oktober 1919 hatte eine Rüstungskonferenz der Hauptverbände deutscher Flotten- (See-) Vereine im Ausland vorläufig beschlossen, den Verband in eine beim „Deutschen Seeverein im Inlande“ zu errichtende „Auslandsabteilung“ umzuwandeln. Schon damals aber regten sich Stimmen, die es für richtiger hielten, den Hauptverband als solchen bestehen zu lassen. Man war sich natürlich klar darüber, daß das alte Ziel, die Förderung der deutschen Kriegsflotte, sich nicht weiter werde verfolgen lassen und daß es Hauptaufgabe sein würde, für die deutschen Seereserven die Wiederbelebung der deutschen Handelsflotte und die Förderung der deutschen Weltwirtschaftsstellungen einzusetzen. Grundsätzlich ist es der Hauptleitung gelungen, einen großen Teil der wertvollen Auslandsbeziehungen zu den Förderern des deutschen Seegedankens wiederherzustellen. In Deutsch-Oesterreich hat sich die alte Anhänglichkeit bewährt, auch die Vagabundierungen sind aufrecht erhalten. In der Tschechoslowakei, Jugoslawien, in den Niederlanden und Skandinavien hofft man, die alten Beziehungen bald wieder neu beleben zu können. Sehr rühmlich erweisen sich die spanischen Freunde. Aus der Schweiz sind ebenfalls Anfragen zu weiterer Mitarbeit eingetroffen. Als verloren können, zur Zeit wenigstens, die Beziehungen in Burenburg, Frankreich und Russland gelten. An ergebnislosem Arbeitsfeld bietet Südamerika! Dort hat die Rudimentar der deutschen Flotte die Postkontinentalen mächtigen Widerhall gefunden. Freigattentkapitän Pöschhammer hat persönlich auf einer Reise während der Teilnahme gefunden. Vom Flottenverein in Bahia wurde ja bekanntlich die erste Anregung für die Gründung des „Kriegerbundes der Auslandsdeutschen“ gegeben. Auch Mittelamerika, Mexiko und Niederländisch-Indien haben ihre Sympathien bewiesen. Unterföschung findet die Arbeit auch bei den leidenden Stellen, insbesondere dem Ober der Marineleitung, sowie vom Reichsamt des Auswärtigen. So befehlt sich immer mehr der Gedanke, von der Verschmelzung des Hauptverbandes mit dem Seeverein Abstand zu nehmen. Selbstverständlich wird der Hauptverband im engen Verein mit seinem Inlandsbruder, dem Deutschen See-Verein, arbeiten. Eine Arbeitsgemeinschaft besteht ebenfalls mit dem schon erwähnten „Kriegerbund der Auslandsdeutschen“ und mit dem Verein für das Deutschtum im Ausland. Mit diesen Verbänden gemeinsam wird ein Nachrichtenblatt herausgegeben, das sehr wertvolle wissenschaftliche propagandistische u. unterhaltende Beiträge enthält. Diese hoffnungsvolle Weiterarbeit einer der bekanntesten vaterländischen Organisationen ist ein wertvolles Zeichen dafür, daß alle Schicksalsjahre unter Wertvollstes nicht brechen können: den deutschen Geist.

### Die Entladung des „Lustania“-Schwindsels.

Sechs Jahre sind jetzt dahingegangen, seitdem die „Lustania“ durch ein deutsches Unterseeboot zerstört wurde, und man kann sagen, daß kein anderes Einzelereignis der Kriegszeit zu einer so leidenschaftlichen Propaganda gegen Deutschland ausgenutzt worden ist. Man hielt das Schiff als ein harmloses Passagierschiff hin und erklärte die Verletzung als rachsüchtigen Mord. Die bestimmte Erklärung von deutscher Seite, daß die „Lustania“ ungeschützte Massen von Munition an Bord gehabt habe, und der Bericht des U-Boot-Kommandanten, daß der Dampfer durch eine im Schiffstinneren erfolgte Explosion zum Sinken gebracht worden sei, wurden als Lügen bezeichnet. Aber die Wahrheit ist doch nun endlich an den Tag gekommen. Der bekannte Zoologe der Berliner Universität Prof. Dehmann macht in der „Deutschen Politik“ auf eine Erklärung aufmerksam, die der frühere Reporter Oasenkollektor Dudley Field Malone während der Wahlkampagne für den jetzigen Präsidenten Harding abgegeben hat. Nach einer Meldung der „Nachrichten aus dem Nordwesten“ (Portland, Oregon 11. 8. 19) vom 4. November 1919 verließ Malone in einer Wahlrede, die „Lustania“ hätte, als sie von einem deutschen Torpedoboot versenkt wurde, 4300 Riflen Patronen für die englische Regierung an Bord gehabt, und insgesamt seien in diesen Riflen nahezu 11 Tonnen schwarzen Pulvers enthalten gewesen. Malone hatte sich bereits in den Vorges. der gegen den Senator Ba Follette wegen der Behauptung von Munitionstransporten durch die „Lustania“ geführt wurde, als Entladungsszene gemeldet, war aber nicht vernommen worden. Ba Follette verlangte in dem Prozeß, daß der Bericht des Reporter Oasenkollektors über die Ladung der „Lustania“ vorgelegt werde, die Regierung aber verweigerte die Herausgabe dieses Geheimberichts. Auf Forderung wurde ihm, sagte Malone, „den betreffenden Bericht über die „Lustania“ angefertigt, da ich in meiner Eigenschaft als Oasenkollektor die Ladung des Dampfers untersucht hatte.“ Es kann also kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß ungeschützte Mengen von Munition und Pulver sich an Bord der „Lustania“ befanden.

den, denn der Mann, der die Auslandsbeziehungen verhalten mußte und die Kontakte in einem offiziellen Bericht festhalten, hat sich darüber geäußert. Die mit allen Mitteln durchgeführte Verhinderung der Kontakte ist nur ein Mittel in der langen Reihe der unerhörten Irrföhrungen der öffentlichen Meinung, wie sie in Amerika betrieben wurde. Wenn der Bericht über die amerikanische Regierung als geschäftlich e. Zirkel offen darlegen wird, sagte Malone, wird die Welt erst erkennen, daß keine andere Regierung so in einer ähnlichen Unterföschung und Geheimnistuerei dem Volk gegenüber schuldig gemacht hat. „Es sind unsere Erwartungen“, so sagt Dehmann hinzu, „die uns beschäftigen, wenn wir diese Entschlebung lesen, nachdem die Verhältnisse ihren unüberlichen Wandel gegen unser Volk auf das späteste getan hat. Immerhin, in dem großen Revolutionskampf vor der öffentlichen Meinung der Amerikaner gegen Willens ist auch ein der Wahrheit nachträglich geleiteter Wandel wertvoll. Ich kann denn auch mit Genugtuung melden, daß die kritische Presse Nordamerikas nach Malones Entschlebung a. T. mit lauten Kundstücken gegen die Irreföhrung durch die Regierung im Fall „Lustania“ protestiert hat.“

### Die Wichtigkeit der Ernährungswissenschaft.

Gerade in Zeiten der Gefahr und der Bedrohung ist die Gesundheit eines Volkes ein besonders hohes Gut, und zur Erhaltung und Kräftigung der Seele so kurz bevorstehenden deutschen Volksgesundheit kommt es in erster Linie auf die Ernährung an. Deshalb befaßt sie sich seit langer Zeit auch gebildete Ernährungswissenschaft die größte Wichtigkeit für uns. Leider aber hat man ihr bisher an den maßgebenden Stellen noch keine Beachtung geschenkt. Das befaßt einer der hervorragenden Vertreter dieses Forschungsgebietes, der Berliner Physiologe Prof. Max Wag. Wagner in einem Aufsatz der „Naturwissenschaften“, in dem er die Lage der Ernährungswissenschaft in Deutschland behandelt. Die Aufgabe dieser Wissenschaft gehen nur bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts zurück, als man die chemische Zusammensetzung von Tier und Pflanze näher feststellte und Julius v. Mies die erste „Ernährungstheorie“ aufstellte. Die Landwirtschaft hat zuerst aus diesen Ergebnissen großen Nutzen gezogen, indem sie die Bodenfruchtbarkeit vervielfachte und rationales Fütterungsmethoden für die Viehzucht einführte. Auch in der Fischzucht konnten die Erkenntnisse erbaulich gelehrt werden. Nicht minder einflußreich erwies sich die Ernährungswissenschaft für den Menschen selbst. Man erkannnte ein durchgreifendes Schicksal gegen verdorbene und verfallene Nahrungsmittel geschaffen werden. Man erkannnte eine Reihe von Volkskrankheiten als Nahrungsmittelkrankheiten, besonders in den reich- und mäßigenden Ländern, und in der Behandlung von Krankheiten führte die Ernährungswissenschaft zum Studium der Ernährung, zur Durchführung der diätetischen Therapie, zur Sicherung der Ernährung in öffentlichen Anstalten. Auch durch die Gesundheitschulen wurde bessere Erkenntnis über die Ernährung in weite Kreise getragen. Am wenigsten aber hat man sich bisher um das Problem der Volksernährung gekümmert, während man sich mit der Pflanzen- und Tierernährung eingehend beschäftigt. Obgleich gerade die deutsche Wissenschaft sich in diesem Punkte um die Förderung der neuen Lehre verdient macht, haben doch andere Länder in viel höherem Maße die Bedeutung für das Allgemeinwohl anerkannt. In Nordamerika sind große Mittel für das Studium der Nahrung und ihre wissenschaftliche Erforschung bereitgestellt, und eine der großartigsten Stifnungen dieser Art ist die Carnegie Institution of nutrition in Boston. Dasselbe erhält im kommenden Jahre ein Institut für Volksernährung. In Deutschland schloß es bisher an jedem staatlichen Interesse für die Fragen der Volksernährung überhaupt.“ sagt Wagner, „ja, man kann sagen, daß es namentlich in der Kriegszeit an jeder amtlichen Föhrung mit der deutschen Ernährungswissenschaft gefehlt hat. Diese schmerzliche Faltung ist auch im Ausland nicht unmerklich geblieben und als unverständlich bezeichnet worden. Wölgig anders war die Sachlage während des Krieges bei der Entente. Man hat die besten wissenschaftlichen Kräfte als einflußhabende Berater für die Ernährungsfrage herangezogen und aus deren Urteil die Versorgungspläne mit Nahrungsmitteln aufgestellt. Diesem Beispiel hätten wir folgen, daß doch noch eine neue Wende eintritt, in der das Volk durchdringt, daß die Ernährungsforschung im Allgemeinen wie die Volksernährung im Speziellen ein wichtiges staatliches Problem darstellt und daß es keinen besseren Weg zur Erkenntnis gibt, als die Pflege der Wissenschaft um ihrer selbst willen.“

Die Bestellung auf das „Mieser Tageblatt“ ist nicht an einen bestimmten Termin gebunden, kann vielmehr mit jedem Tag erfolgen. Alle Wohnortlosen, Erwerbslosen und unsere Gefährteten (Mieser, Großbeträger 50, Fernsprecher 20) nehmen täglich Bestellungen entgegen.

der Treppe war; dann ging er zum Fenster und sah ihn nach.

„Ah, phui! Wie glücklich! Wie schmutzig! Wie niedrig und gemein!“

Er griff mit der Hand nach dem Hals und rief an seinem Krögen, als würde ihn etwas.

Dann nahm er Stock und Mantel und verließ das Haus.

12 Kapitel.

Greichen Wehrmann war mit den Vorbereitungen zu ihrem fünftigen Geburtstag beschäftigt.

Der Kontrakt mit dem Operntheater war gelöst, und so konnte sie schon, vom frühen Morgen angefangen, jede Stunde des Tages für sich verwenden.

Sie machte Einkäufe, fuhr zur Schneiderin, beschäftigte immer wieder mit neuen Interessen die bereits gemietete Wohnung, kaufte hier und da noch ein Kleiderstück, das ihr zu fehlen schien, und hatte alle Hände voll zu tun, so daß sie selbst für Eilungen oft nur eine knappe halbe Stunde übrig hatte.

So entging die denn auch die eigentümliche nervöse Krämpfe, die den Grafen schon seit Wochen quälte und ihn selbst körperlich schon arg mitgenommen hatte. Er schloß sich gewöhnlich Auseinandersetzungen und die Regelung seiner Vermögensverhältnisse vor, um seine wiederholte tagelange Abwesenheit von Berlin zu motivieren, und vermied, auch wenn er in Berlin war, ein längeres Warten mit ihr, als fürchte er irgend welche Fragen und Besprechungen mit ihr, die sich auf die Zukunft beziehen konnten.

Durch Zufall hatte sie erfahren, daß er noch einen letzten Besuch bei seiner Durchland gemacht hatte, um ihn für die nicht standesgemäße Debatte zu gewinnen. Er war zu diesem Zweck nach Buchau gereist, wo der Fürst sich zufällig aufhielt, und Greichen erwartete nun mit Ungeduld und begehrlicher Spannung seine Rückkehr.

Er kam, und Greichen war geradezu entsetzt über sein Aussehen: bleich, übermäßig, mit heißen Wangen und flackernden glänzenden Augen trat er bei ihr ein, ließ sich in einem Sessel fallen und sah zunächst nur um etwas zu trinken.

Greichen brachte ihm Wein und Cognac, gab ihm selbst ein und fuhr ihm dann stützend und lieblich — als her stand

über die Stier, die kalt und feucht und von tiefen Furchen durchzogen war.

Troydem versuchte er, sie über seine verzweifelte Stimmung hinwegzutäuschen, indem er ihr Hand nahm, sie an die Lippen zog und mit einem gequälten Lächeln und mühsam gehenschen Interesse nach tausend gleichgültigen Dingen fragte, von denen er wußte, daß sie augenblicklich ihres Beschäftigung bildeten.

„Aber Sie vermochte sie die Ungewißheit nicht länger zu ertragen und fragte vorichtig nach dem Erfolg seiner Reise.“  
„Eilungen richtete sich auf und versuchte den Gleichgültigen zu spielen, brachte es aber nicht über sich, ihr dabei in die Augen zu sehen.“

„Diese Marga.“ begann er, „Du weißt ja: diese lächerlichen Bonnetts! Hiermit ist es dem Fürsten auch in der Tat nicht möglich, sich selbst, wenn er wollte, über diese zu erheben, lang veralteten Hausgesetze hinwegzusetzen. Ich habe natürlich wenig oder gar nichts erreicht.“

Marga suchte ihn zu trösten: „Was kümmert uns auch schließlich der Fürst! Wir werden auch ohne ihn leben und glücklich sein.“

„Ja, gewiß — natürlich. Du hast ganz recht.“ er sagte es in hastigem Tone, als wolle er sich selbst betäuben durch seine Worte, während man es ihm anmerken konnte, daß er in Wirklichkeit ganz andere dachte, — und — wir müssen doch auch einmal ganz nüchtern und praktisch denken, lieber Marga. Nicht wahr? Was heißt Du doch ein? Man kann eben nicht von der Erde allein leben. Wir sind beide an das Leben auf großem Fuße gewöhnt, auch Du in den letzten Jahren.“

„Ich werde mich einschließen lassen. Ich habe es ja schon auch tun müssen.“

„Du gute, gute.“ er lächelte wieder über sein Gesicht, als hätte er sich selbst wieder über seine Worte, während man es ihm anmerken konnte, daß er in Wirklichkeit ganz andere dachte, — und — wir müssen doch auch einmal ganz nüchtern und praktisch denken, lieber Marga. Nicht wahr? Was heißt Du doch ein? Man kann eben nicht von der Erde allein leben. Wir sind beide an das Leben auf großem Fuße gewöhnt, auch Du in den letzten Jahren.“

„Ich werde mich einschließen lassen. Ich habe es ja schon auch tun müssen.“